

Einbringung des Kreishaushalts 2008 am 21.9.2007

Landrat Dr. Olaf Gericke

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die heutige Einbringung des Kreishaushaltes 2008 ist **genau der 900. Termin** seit meinem Amtsantritt als neuer Landrat des Kreises Warendorf vor ziemlich genau einem Jahr. Ich darf Ihnen schon jetzt versichern: es ist einer der besonders schönen Termine heute – denn es gibt fast nur Gutes zu berichten! Denn der Haushalt 2008 ist

- **gemeindefreundlich**
- **nachhaltig**
- **zukunftsorientiert!**

Diese drei Schlagworte werden sie an vielen Stellen dieser Haushaltsrede wiederfinden – sie ziehen sich quasi wie ein roter Faden durch den Haushalt 2008 und bilden die Grundlage unseres Handelns!

Doch bevor ich in die Erläuterung des Zahlenwerkes einsteige, möchte ich die Gelegenheit gern nutzen, um mich bei Ihnen allen **für die freundliche Aufnahme und die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken.**

Wir haben in den zurückliegenden 12 Monaten vieles gemeinsam und mit breitem Konsens auf den Weg gebracht, was unseren Kreis weiterbringt, sich positiv für die Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Ich denke hier zum Beispiel an den Einstieg in den Offenen Ganzttag, an die Einführung des Frühwarnsystems, die Neuausrichtung der gfw oder den Einstieg in das Thema Integration.

Ich wünsche mir sehr, dass wir dieses gute Miteinander fortsetzen – der Haushalt 2008 bietet dafür eine gute Basis.

Denn die Wirtschaft im Kreis boomt!

Die **Arbeitslosenquote liegt zurzeit bei 6,2 % - so niedrig wie schon seit Jahren nicht mehr** – im Juli letzten Jahres lag sie noch bei 7,8 %. Das entlastet die sozialen Sicherungssysteme – ich werde darauf noch näher eingehen!

Die **Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist bei uns im letzten Jahr um 1.700 gestiegen.**

Das ist ein Anstieg um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr - die IHK Nord Westfalen rechnet damit, dass sich diese positive Tendenz im Münsterland auch im laufenden Jahr weiter fortsetzen wird.

Dankeschön in diesem Zusammenhang **an alle Unternehmer im Kreis**, die mit Leistung und Innovation zu diesem Erfolg beitragen – und **die dem Wirtschaftsstandort Kreis Warendorf nicht nur die Treue halten sondern ihn weiter stärken.** Danken möchte ich aber auch den fleißigen, hochqualifizierten **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern** – auch Sie tragen genau so zum Erfolg bei!

Und gute wirtschaftliche Lage macht sich auch in den Kassen der Kommunen bemerkbar! Und damit bin ich dann auch gleich mitten im Thema Haushalt!

Finanzkraft unserer Städte und Gemeinden gestiegen

Die **Steuerkraft der Städte und Gemeinden ist in der zurückliegenden Referenzperiode (01.07.2006 bis 30.06.2007) um 16,5 % gestiegen! Die bedeutendste Steuer, die Gewerbesteuer, hat sogar um fast 25 % zugelegt.**

In zehn unserer Städte und Gemeinden liegt die Steigerungsrate der Steuerkraft im zweistelligen Bereich; an der Spitze liegt die Stadt Ahlen mit fast plus 28 % dicht gefolgt von der Stadt Beckum mit plus 24,5 %.

Eine Stadt hat aber auch Steuerkraft gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebüßt (Sassenberg mit minus 4,5 %).

Mit diesem Steuerkraftzuwachs von insgesamt bei allen 13 Städten und Gemeinden durchschnittlich 16,5 % liegen wir im Kreis Warendorf deutlich über dem Ergebnis auf Landesebene – die Steigerung auf Landesebene betrug 12,3 %.

Dies ist – neben einigen weiteren Faktoren auf der sog. Bedarfsseite einer Kommune – auch der Hauptgrund dafür, **dass unsere Gemeinden nach der Systematik des Finanzausgleichs als eher "reiche Gemeinden" gelten und deshalb insgesamt rd. 5,7 Mio. € weniger an Schlüsselzuweisungen erhalten als im laufenden Haushaltsjahr.** Und das, obwohl die beim Land zur Verteilung bereitstehende Finanzmasse um 10 % aufgestockt wurde, denn auch auf Landesebene sprudeln die Steuereinnahmen.

So verschieden die Entwicklung der Steuerkraft ist, so unterschiedlich errechnen sich auch die Schlüsselzuweisungen.

Nach der ersten Modellrechnung des Landes verlieren zwei Gemeinden etwa die Hälfte ihres diesjährigen Aufkommens an Schlüsselzuweisungen (Beelen und Everswinkel);

Oelde ist als einzige Stadt im Kreis wieder abundant und erhält überhaupt keine Schlüsselzuweisungen;

Sendenhorst und Sassenberg erhalten hingegen wieder Schlüsselzuweisungen, allerdings in sehr geringem Umfang, und die Gemeinde Ostbevern legt um ein Viertel zu.

Der Kreishaushalt selber profitiert mit 3 Millionen Euro zusätzlichen eigenen Schlüsselzuweisungen.

So heterogen ist die finanzielle Landschaft im Kreis Warendorf!

Dennoch: Unter dem Strich ist die Finanzkraft unserer 13 Städte und Gemeinden – und nach der bemisst sich die Kreisumlage – in der für 2008 relevanten Referenzperiode von 252 Mio. € um 28 Mio. € auf fast 280 Mio. € gestiegen.

Der Kreishaushalt ist gemeindefreundlich, denn der Kreisumlagehebesatz sinkt um 4,1% Punkte!

Für das laufende Jahr beträgt der Kreisumlagesatz 40,1 % - das sind knapp 101 Mio. € allgemeine Kreisumlage. Ziemlich genau diesen Betrag (sogar etwas weniger) – nämlich 100,6 Mio. € – brauchen wir auch im kommenden Jahr von den Städten und Gemeinden als Kreisumlage, um unsere Aufgaben erfüllen zu können.

Weil aber die Finanzkraft unserer 13 Städte und Gemeinden so stark zugenommen hat, wir aber nicht mehr Geld benötigen, werden wir für den kommenden Haushalt den Kreisumlagesatz deutlich – und zwar um 4,1 Prozent-Punkte – senken können!

Das ist noch einmal 0,1 Prozent-Punkte mehr, als bereits im Eckdatenpapier angekündigt. Für die Stadt Ahlen als gewichtigstem Umlagezahler bedeutet diese kleine weitere Senkung z.B. eine Entlastung um 60 T€

Der neue Kreisumlagesatz für 2008 liegt damit bei 36,0 Prozent-Punkten.

Die komplette zusätzliche Finanzkraft bleibt also bei den Kommunen – der Kreis kann und will auf einen "Mitnahmeeffekt" vollkommen verzichten! Insgesamt werden 7 Städte und Gemeinde weniger Umlage in Cent und Euro an den Kreis zahlen als dieses Jahr. Bei 3 Kommunen bleibt die Umlagehöhe fast gleich – lediglich 3 Kommunen werden nächstes Jahr mehr Umlage überweisen müssen.

Die Jugendamtsumlage kann ebenfalls – trotz des steigenden Finanzbedarfs um rund 1 Million Euro – um 0,7 % auf 15,4 % gesenkt werden. Auf die Mehraufwendungen durch das KiBiz werde ich noch eingehen.

Stellungnahme der Bürgermeister

Dieses gemeindefreundliche Verhalten des Kreises wird – wie ich finde - von den Bürgermeistern in ihrer Stellungnahme leider nicht angemessen gewürdigt .

Sicherlich, das können Sie sich angesichts der recht uneinheitlichen Finanzkraftentwicklung in den 13 Städten und Gemeinden vorstellen, **gibt es selbst bei Senkung des Umlagesatzes um 4,1 Prozent-Punkte einige Städte, die etwas mehr an Allgemeiner Umlage aufzubringen haben, aber es gibt eine Mehrheit von Städten, die weniger Umlage an den Kreis zu leisten hat:** Der Bogen erstreckt sich von Ahlen mit plus 620 T€ über Sendenhorst mit etwa minus 200 T€ bis Sassenberg mit minus 745 T€ an Kreisumlagebelastung im nächsten Jahr. Dies ist sozusagen ein vom Land gewollter Finanzausgleich zwischen den Städten und Gemeinden.

Die genannten Zahlen stammen – wie gesagt – aus der ersten Modellrechnung des Landes zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2008. Und mit den Bürgermeistern hoffe ich darauf, dass sich – wie schon des Öfteren in den vergangenen Jahren geschehen – in den weiteren Berechnungen des Landes noch Verbesserungen möglichst für alle ergeben werden.

Mehr Entlastung durch den Kreishaushalt ist nach den jetzt vorliegenden Zahlen nicht möglich. Finanzierungsspielräume, die in der Stellungnahme der Bürgermeister pauschal behauptet werden, erkenne ich derzeit nicht; die Ausführungen der Stellungnahme sind beim Auffinden allerdings auch keine Hilfe.

Aber wie in den vergangenen Jahren gilt auch für die jetzt beginnenden Haushaltsplanberatungen: **Sollten sich die Zahlen des Landes oder des Landschaftsverbandes verbessern, werden wir auch dann nicht mehr Kreisumlage in unserem Haushalt lassen als unbedingt zur Finanzierung unserer Aufgaben erforderlich ist.**

Und die Bürgermeister wissen von mir, dass sie sich darauf verlassen können, dass wenn der Kreishaushalt über unerwartete Überschüsse

verfügt – wie in diesem Jahr durch die neuverteilten Mittel aus der Wohngeldentlastung des Landes –, Verwaltung und Kreistag eine gemeindefreundliche Lösung finden.

Auch wenn dem Kreishaushalt diese Liquidität gut anstände, werde ich Ihnen zur Kreistagssitzung im Dezember den Vorschlag unterbreiten, auf die zusätzlichen Wohngeldmittel im Umfang von gut 4 Mio. € per Erlass eines Teils der Kreisumlage zu verzichten.

Das ist gemeindefreundliches Verhalten!

Nachhaltiges Handeln großgeschrieben: Pensionsrückstellungen und Schuldenabbau

Über zwei Ansätze im Haushalt freue ich mich ganz besonders, denn sie unterstreichen, dass wir nicht nur an das nächste Jahr, sondern weit darüber hinaus an künftige Generationen denken.

Sie sehen ein Foto von unserem diesjährigen Pensionärstreffen auf dem Hof Lohmann in Freckenhorst – es nehmen immer mehr Ehemalige an diesen Treffen teil, denn die Zahl der Pensionäre und Rentner wächst stetig.

Im kommenden Jahr werden wir **damit beginnen**, die neu zu bildenden **Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen – immerhin 1,8 Mio. € – in einem Kapitalstock als Liquidität zu binden.**

Wir wollen nämlich nicht nur die gesamten Verpflichtungen aus Pensionsansprüchen in unserer Bilanz ausweisen, sondern auch Vorsorge treffen für die Zeit, wenn die beamteten Kollegen aus dem aktiven Dienst ausscheiden und ihre gesetzlich zugesicherte Pension auch auf ihrem Konto erwarten. Das ist zwar noch lange hin, aber für diese Zeit müssen wir uns heute schon aufstellen.

Das neue kommunale Rechnungswesen soll uns ja nicht nur mit großen Zahlen aufzeigen, wie wir künftige Generationen belasten, sondern auch zu nachhaltigem Handeln anregen. Zu einer nachhaltigen Finanzpolitik des Kreises gehört es, die notwendige Vorsorge für die späteren Pensionszahlungen zu sichern.

Und dazu gehört auch, keine neuen Schulden zu machen, sondern den zu hohen Schuldenstand wieder abzubauen.

Wir haben mit dem Schuldenabbau in diesem Jahr begonnen und werden mit demselben Betrag in Höhe von 1 Mio. € in 2008 dieses nachhaltige Entlastungsprogramm für künftige Generationen fortsetzen.

Eröffnungsbilanz wird vorgelegt

Meine Damen und Herren,

Nach fast 9 Monaten doppischer Finanzbuchhaltung lässt sich feststellen, dass wir zwar immer noch mit einigen technischen und organisatorischen Problemen kämpfen - **wir aber insgesamt mit dem Ablauf zufrieden sein können.** Diese Umstellung auf die doppelte Buchführung bedeutet eben gegenüber der Kameralistik eine grundlegend neue Arbeitsweise!

Ich freue mich, dass wir in der heutigen Sitzung gleich auch die erste Eröffnungsbilanz zur Kenntnis nehmen können. Erstmals bekommen wir dort einen Überblick über das Vermögen des Kreises – aber auch über die Verbindlichkeiten.

Es sind sehr interessante Zahlen, die in dieser Form bislang noch nie ermittelt worden sind. **Der Wert unseres Straßennetzes wird auf rund 78 Millionen Euro taxiert, die Gebäude auf rund 100 Millionen Euro.**

Schwerpunkte der Aufwendungen

Sie sehen es an der Grafik:

Insbesondere sind es 3 Bereiche, auf die sich die Aufwendungen auch im kommenden Jahr konzentrieren:

- 1. die Landschaftsumlage**
- 2. die Aufgaben im Sozialen Bereich, in der Kinder- und Jugendpflege und für unsere Schulen**
- 3. die Personalkosten.**

Bevor ich auf diese Schwerpunkte näher eingehe, möchte ich auf zwei gesellschaftspolitische Herausforderungen – nämlich

- die Probleme der demografischen Entwicklung**
- und Fragen der Integration**

eingehen. Denn sie haben ganz erhebliche Auswirkungen auf unsere zukünftige Arbeit – und auch auf den Haushalt des Kreises.

Zukunftsarbeiten anpacken: Demografie und Integration

Ich freue mich, dass der Kreistag im Juni dieses Jahres den Demografiebericht verabschiedet hat.

Wir haben in diesem Bericht nicht nur die Prognosedaten der Bevölkerungsentwicklung für unseren Kreis ausgewertet – wir haben auch Handlungsfelder ermittelt und Handlungsbedarfe beschrieben, die wir zum Teil bereits umgesetzt haben und die uns auch in Zukunft weiter beschäftigen werden.

Ich will hier nur Stichworte nennen unsere Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Kostensteigerungen für die Grundsicherung im Alter und bei der Pflege. Es ist gut, dass wir das Thema angepackt haben – die Kostenentwicklung zeigt, wie real die belastenden Nebenfolgen der demografischen Entwicklung sind!

Mit dem Bericht stehen wir ganz am Anfang eines Prozesses, der nur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden zum Erfolg führen kann.

Unterschiedliche Zuständigkeiten von Kreis und Kommunen machen bei den äußerst komplexen Wirkungsweisen eine Zusammenarbeit unerlässlich und dürfen deshalb nicht zu Kompetenzrängeleien und Kirchturmdenken führen.

Jetzt – Gemeinsam – Handeln ! so lautet meine Forderung – wir müssen uns alle mit dem demografischen Wandel auseinander setzen.

9 Handlungsschwerpunkte sind im Bericht näher beschrieben – das ist eine gute Basis für unsere weitere Arbeit.

Integrationsbericht auf den Weg gebracht

Am Montag haben wir auf Haus Nottbeck den Einstieg für die Erstellung eines Integrationsberichts gemacht - sie sehen ein Foto von der Veranstaltung.

Die Integration von Menschen aus fremden Ländern und Kulturen in unsere Gesellschaft - mit allen hiermit verbundenen Herausforderungen - bildet bereits eine vielschichtige Aufgabe, der wir uns tagtäglich stellen. Ich erinnere hier zum Beispiel an Themen wie "Offene Ganztagschulen" oder auch "Familienzentren", die ganz wichtige Integrationsaufgaben erfüllen.

Aktuell leben ca. 19.000 Menschen ohne einen deutschen Pass im Kreis Warendorf. Die Gruppe der Menschen mit einem Migrationshintergrund oder einer Einwanderungsgeschichte ist jedoch wesentlich größer. Insgesamt gehen wir davon aus, dass ca. 25 % bis 30 % der im Kreis Warendorf lebenden Menschen - also rund 70.000 bis 85.0000 - einen sogenannten Migrationshintergrund / eine Einwanderungsgeschichte aufweisen.

Ich wünsche mir sehr, dass wir – ähnlich wie bei der Erstellung des Familienberichts - eine breite Beteiligung der Betroffenen erreichen.

Natürlich wollen wir auch möglichst viele Fachleute in allen Phasen der Berichterstellung beteiligen. Schon daraus ergibt sich die Notwendigkeit, diesen Prozess wissenschaftlich begleiten zu lassen. Hierzu soll möglichst zeitnah ein entsprechendes Institut ausgewählt werden.

Zudem soll für diese Arbeit ein Sozialplaner eingestellt werden, der diesen Integrationsbericht koordinieren und aktiv unterstützen wird.

Nun zu den drei großen Aufwendungsbereichen

- **Landschaftsumlage**
- **Soziales, Jugend und Bildung**
- **Personal**

Landschaftsumlage

Auch der Landschaftsverband profitiert natürlich von der gestiegenen Finanzkraft seiner Mitgliedkörperschaften. Und er wird rund 40 Millionen Euro mehr Schlüsselzuweisen erhalten.

Wir gehen davon aus, dass dadurch eine Senkung der Landschaftsumlage um 1 % Punkt möglich sein dürfte – immerhin würden wir dennoch rund 1,8 Millionen Euro – insgesamt 44,7 Millionen Euro - mehr an das Landeshaus nach Münster überweisen als in diesem Jahr.

Wir werden abwarten müssen, ob wir mit unserer Einschätzung richtig liegen. Beim Landschaftsverband rechnet man insbesondere mit deutlichen Steigerungen der Eingliederungshilfe für Behinderte.

ARGE auf Erfolgskurs: Kosten für Hartz-IV sinken

Das ist Hermann Rolf - rechts im Bild – mit seinem Chef Stefan Bieckmann. Mehr als 4 Jahre war der gelernte und lange Zeit selbständige Schweißer

Hermann Rolf arbeitslos. Jetzt konnte er von unserer ARGE sogar an einen Betrieb in seinem Wohnort Beelen vermittelt werden.

Hermann Rolf ist kein Einzelfall: sowohl die Zahl der Bedarfsgemeinschaften als auch die Zahl der Hilfebedürftigen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende geht seit Monaten kontinuierlich zurück. Bei den Bedarfsgemeinschaften sank die Zahl von knapp 9.500 beim Start der ARGE im Januar 2006 auf aktuell 8.400 – bei den Hilfebedürftigen von 19.100 auf zurzeit 18.450.

Dieser Erfolg ist sicher in erster Linie der schon eingangs erwähnten florierenden Wirtschaft zuzuschreiben – aber auch auf die gute Arbeit der ARGE zurückzuführen. Ich freue mich auch, dass wir kürzlich mit der Arbeitsagentur Einvernehmen über einen neuen ARGE Vertrag erzielen konnten – er bringt unter anderem mehr Flexibilität und Verantwortung für die Geschäftsführung – das wird die Arbeit weiter beflügeln.

Weniger Hartz IV Empfänger entlasten auch den Kreishaushalt: wir gehen im kommenden Jahr von Aufwendungen für Unterkunft und Heizung in Höhe von 30,8 Mio Euro aus – 2,2 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr.

Aber: es zeichnen sich dunkle Wolken ab am Hartz IV Himmel!

In der gestrigen Sitzung des Sozial- und Jugendausschusses des Landkreistages NRW haben wir erfahren, dass möglicherweise der Prozentsatz der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (31,2 %) im nächsten Jahr der zurückgehenden Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften angepasst werden soll.

Nach den Berechnungen des LKT würden wir rund 600.000 bis 800.000 Euro weniger Bundesmittel erhalten. Hier ist also noch eine erhebliche Unsicherheit vorhanden, die wir bislang noch nicht eingeplant haben.

Demografische Entwicklung: Kosten steigen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Während die Kosten bei Hartz IV sinken, steigen sie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung weiter deutlich an. Ein wesentlicher Grund dafür ist sicher die demographische Entwicklung – denn immer mehr Menschen werden immer älter.

Im Juni 2006 betrug die Zahl der Hilfeempfänger noch 1.533. Im Juni 2007 lag sie schon bei 1.710 Hilfeempfänger, die Steigerungsrate betrug 12 %.

Wir rechnen in diesem Jahr bereits mit Ausgaben in Höhe von 7,1 Mio Euro – das sind ca. 800.000 € mehr als im Haushaltsplan veranschlagt.

Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung weiter nach oben gehen wird und haben deshalb nochmals 600.000 Euro auf das zu erwartende Rechnungsergebnis 2007 aufgesattelt.

Belastend kommt hier noch hinzu, dass der Bund plant, seine Kostenbeteiligung deutlich zurückzufahren. Für uns bedeutet das eine weitere zusätzliche Belastung von 600.000 Euro.

Ich habe auch schon gegenüber dem Landkreistag darauf hingewiesen, dass eine solche Kürzung nicht akzeptabel ist.

Man darf die kommunale Familie mit dieser Entwicklung nicht alleine lassen!

Hilfen zur Gesundheit – Kostenreduzierung nicht eingetreten

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung sind die Erwartungen der Sozialhilfeträger leider nicht erfüllt worden. Man war davon ausgegangen, dass für alle Sozialhilfeempfänger im Rahmen der Gesundheitsreform auch eine Versicherungspflicht eingeführt wird. Das ist nicht der Fall.

Sofern Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen oder Hilfe zur Pflege geleistet werden, kommt eine Versicherungspflicht nicht in Betracht.

Es handelt sich demnach nur um eine geringe Anzahl von Hilfeempfängern, die damit aus der Sozialhilfe herausfallen. Wesentliche Entlastungen treten demnach nicht ein.

Wir rechnen weiterhin mit etwa 270 Hilfeempfängern und jährlichen Krankenhilfekosten von 1,4 Mio. €

Hilfe zur Pflege – Grundsatz "ambulant vor stationär" greift – Kostensteigerung im Griff

In Anbetracht der in den letzten Jahren stetig gestiegenen Kosten für die Hilfe zur Pflege, insbesondere im stationären Bereich, (Ansatz 2007 - 11,4 Millionen Euro – Ansatz 2008 – 11,7 Millionen Euro insgesamt einschl. Pflegewohngeld) hat der Kreis seit diesem Jahr Maßnahmen ergriffen, um der Kostensteigerung entgegenzusteuern. Außerdem wollten wir dem sozialhilferechtlichen Grundsatz "ambulant vor stationär" Rechnung tragen.

Ich erinnere hier nur an

- die Rücknahme der Delegation der Aufgaben der häuslichen Pflege – die Hilfefälle werden jetzt beim Kreis zentral bearbeitet
- die Einrichtung einer Clearingstelle
- und das ebenfalls neu eingeführte Fallmanagement

Die vorgenannten Maßnahmen zur Steuerung der Hilfe zur Pflege können u.a. auch als Grund für die positive Entwicklung der Fallzahlen im stationären Bereich der Hilfe zur Pflege gesehen werden.

Die Fallzahl der Hilfe **zur Pflege in Einrichtungen** ist von 618 im August 2006 auf 597 im August 2007 gesunken. Inwieweit dieser Rückgang sich auch finanziell bemerkbar macht, wird erst zu einem späteren Zeitpunkt feststellbar sein.

KiBiz bringt mehr Flexibilität – und steigende Kosten

Die beabsichtigte Einführung des Kinderbildungsgesetzes NW (KiBiz) hat in den letzten Wochen **zu einer großen Verunsicherung der Eltern und zu erheblichen Protesten geführt**. Sie sehen ein Bild von der Demonstration in Ahlen. Die Diskussion über das Gesetz ist offensichtlich noch nicht abgeschlossen - es bleibt abzuwarten, ob und welche Veränderungen noch vorgenommen werden.

Bei aller Kritik: Das KiBiz bietet den Eltern aber auch mehr Flexibilität durch die Möglichkeit, die ihren Bedürfnissen entsprechende Betreuungszeit zu buchen. Gewählt werden kann künftig zwischen einer Betreuung der Kinder über 25 Stunden, 35 Stunden oder 45 Stunden.

Für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien gestalten sich die Planungen für das nächste Kindergartenjahr jedoch äußerst schwierig.

Denn mit dem KiBiz ist eine vollständige Änderung der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen verbunden. Die bisherige Spitzabrechnung soll durch eine gruppenbezogene Kindpauschale ersetzt werden – so zumindest die momentane Situation.

Bislang wenden wir jährlich rund 9 Mio Euro auf für die Finanzierung der Betriebskostenzuschüsse in den Kindertagesstätten. Wir gehen davon aus, dass durch das neue KIBIZ eine deutliche Steigerung des Kreisanteils an den Betriebskostenzuschüssen kommen wird – wir rechnen mit jährlichen Mehrkosten von rund 1,5 Millionen Euro. Ursächlich hierfür ist u.a. die Absenkung des kirchlichen Trägeranteils von 20 % auf 12 % .

Für welches Betreuungsangebot sich die Eltern entscheiden werden – also 25, 35 oder 45 Stunden - hängt natürlich auch sehr von den der Höhe der Elternbeiträge ab. Eine neue Elternbeitragstabelle wird zurzeit erarbeitet.

Wir wollen jedoch in diesem Zusammenhang den Anteil der Elternbeiträge, die zurzeit bei uns rd. 16,3 % der Betriebskosten decken, nicht erhöhen – auch wenn das Land von einem Kostendeckungsgrad von 19% durch die Elternbeiträge ausgeht.

Der Kreis Warendorf ist eine Familienregion, die Kindertagesstätten und Familienzentren erfüllen eine ganz wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Ich möchte hier nur Stichworte wie "Erziehung der Kinder", "Integration" und "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" nennen.

Deswegen wäre es aus meiner Sicht ein völlig falsches Signal, im Zusammenhang mit dem Kibiz den Anteil der Eltern an den Betriebskosten anzuheben.

Familienzentren weiter ausbauen

Auch in der Jugendhilfe sind neue Aufgaben angepackt worden.

Zwei Familienzentren – Ostbevern und Warendorf-Nord – konnten sich in diesem Jahr qualifizieren. (Foto Ostbevern)

Weitere 9 Familienzentren werden jetzt ihre Entwicklungsarbeiten aufnehmen – wir werden ihre Arbeit mit Rat und Tat unterstützen.

Die neuen Familienzentren spielen – neben vielen anderen Akteuren - auch eine ganz wichtige Rolle im Sozialen Frühwarnsystems!

Die Arbeiten zum Aufbau dieses Sozialen Frühwarnsystems schreiten zügig voran. Es geht darum, schutzwürdige Belange und Interessen von Kindern sowie Förderbedarfe für Familien frühzeitig zu erkennen und entsprechende Hilfen bei Bedarf anzubieten.

In diesen Tagen finden die ersten Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu diesem Thema statt.

Gute Erfahrungen haben wir auch bereits mit unseren Besuchen bei Familien mit Neugeborenen gemacht.

Investition in die Zukunft: Sanierung des Berufskollegs Beckum

Wir werden in den nächsten Jahren viel Geld für unsere Schulen ausgeben müssen – besonders für das Berufskolleg Beckum.

Denn das Gebäude am Hansaring ist dringend sanierungsbedürftig. Hier geht es um eine richtige "Rund-um-Erneuerung". Sie sehen es an den Bildern: die Fassade und Fenster sind marode – sie sind nicht mehr dicht – wenn die Sonne stark scheint, verwandeln sich die Klassen in Saunaräume, im Winter schafft die Heizung in einigen Bereichen kaum noch, die Räume auf Betriebstemperatur zu bringen.

Ein Thermogutachten zeigt, dass mehr die Umgebung geheizt wird, als die Unterrichtsräume selbst.

Gutachter schlagen deshalb vor, das gesamte Gebäude mit einer neuen Fassade und neuen Fenstern auszustatten.

Die Kostenschätzungen liegen dafür bei rund 6 Millionen Euro. Die Bildungspauschale in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro jährlich soll im nächsten und in den beiden Folgejahren mit rund 1 Million Euro für diese umfangreiche Sanierung verwendet werden und wesentlich zur Finanzierung eingesetzt werden.

Einstellung eines kommunalen Schulpsychologen – gut angelegtes Geld!

Nach dem Willen der Landesregierung sollen in Nordrhein-Westfalen bis zu 50 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen eingestellt werden, um die schulpsychologische Versorgung in NRW auszubauen.

Auslöser ist der blutige Amoklauf an der Geschwister-Scholl-Schule in Emsdetten -wir alle erinnern uns sicherlich mit Schrecken an dieses entsetzliche Ereignis, das quasi vor unserer Haustür stattgefunden hat.

Der Kreis Warendorf ist Träger einer Schulpsychologischen Beratungsstelle, die seit Jahren lediglich mit einem kommunalen Diplom-Sozialpädagogen und einem Schulpsychologen des Landes besetzt ist. Bei einer Gesamtschülerzahl von 45.500 Schülerinnen und Schülern und einer Gesamtzahl von fast 3000 Lehrkräften ist dies eine eindeutige Unterbesetzung. Bislang wurden unsere Anträge auf Zuweisung einer weiteren Planstelle für einen Schulpsychologen vom Land abgelehnt.

Umso erfreulicher ist, dass sich in diesem Jahr endlich die Chance auf Zuweisung einer weiteren Schulpsychologenstelle im Landesdienst bietet. Voraussetzung ist jedoch, dass auch wir einen kommunalen Schulpsychologen einstellen.

Mit dann drei Schulpsychologen und der damit einhergehenden Neuorganisation wird die schulpsychologische Versorgung in unserem Kreis deutlich verbessert werden.

Offener Ganzttag an der Astrid-Lindgren-Schule ist ein Erfolg!

Seit sieben Wochen ist die Astrid-Lindgren-Schule, unsere Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache, eine Offene Ganzttagsschule.

Bereits aufgrund einer ersten inoffiziellen Abfrage bei den Eltern haben 30 Interesse gezeigt – für den Anfang war zunächst die Einrichtung einer Gruppe

mit 12 Kindern geplant. Aufgrund der großen Nachfrage wurde diese Gruppe nachträglich noch um 3 Kinder auf nunmehr 15 Teilnehmer aufgestockt.

Für die Trägerschaft konnte das Mütterzentrum Beckum e.V. gewonnen werden. Zum Schuljahr 2008/2009 ist die Einrichtung einer zweiten Gruppe und somit die Betreuung im Offenen Ganzttag von 24 Kindern geplant.

Wer den Offenen Ganzttag an der Astrid-Lindgren-Schule besucht, muss auch am täglichen warmen Mittagessen teilnehmen! Der Mittagessensbeitrag liegt bei 2,50 Euro täglich pro Kind. Klar, dass wir uns an dem neuen Landesprogramm **"Kein Kind ohne Mahlzeit" beteiligen** – der Elternanteil beträgt dann nur noch 1,- Euro - 1 Euro trägt das Land, wir beteiligen uns mit 0,50 Euro.

Übrigens: Auch bei unserer Regenbogenschule wollen wir – vielleicht schon im nächsten Jahr – ebenfalls den Offenen Ganzttag einrichten. Bereits jetzt werden viele Schülerinnen und Schüler der Schule am Nachmittag sehr kostenintensiv in der Tagespflege betreut.

Qualitätssteigerung bei der Offenen Ganzttagsschule: Musikschule macht mit!

Die offene Ganzttagsschule ist aber immer nur so gut, wie das Niveau ihrer Angebote.

Um so bedauerlicher ist deshalb, dass es bislang nicht oder nur ausnahmsweise möglich war, Angebote der Musikschule Beckum-Warendorf in die offene Ganzttagsschule zu integrieren, da die Musikschule für den durchschnittlichen Stundensatz der OGS von 10,- Euro pro Stunde keine Musikpädagogen zur Verfügung stellen kann. Das soll im kommenden Jahr anders werden.

Damit die Musikschule einmal pro Woche in der OGS eine Unterrichtsstunde erteilen kann, müssen pro Gruppe jährlich 2.000,- Euro bereitgestellt werden.

Aktuell existieren im Kreis Warendorf ca. 70 OGS-Gruppen an 23 Schulen. Wir rechnen zunächst damit, dass vielleicht die Hälfte der Gruppen ein Musikschul-

Angebot annehmen werden. Dafür wollen wir im nächsten Jahr 70.000,- Euro aus Mitteln der Gesellschaft für Kulturförderung im Kreis Warendorf bereit stellen. Die Leitung der Musikschule ist bemüht, z.B. durch den verstärkten Einsatz von Honorarkräften die Kosten für dieses Angebot zu senken.

Klar ist auch: Durch das Engagement in der Offenen Ganztagschule wird es also keine Erhöhung der Musikschul-Mitgliedsbeiträge der Städte und Gemeinden geben - und dennoch erreichen wir einen großflächigen Einstieg der Musikschule in die offene Ganztagschule!

Sicherung des kulturellen Lebens im Kreis durch die GWK-Finanzierung

Das finanzielle Engagement der Gesellschaft für Kulturförderung (GWK) für musische Angebote in der offenen Ganztagschule ist aber nur die Spitze dessen, was die GWK insgesamt fördert.

Sie wird auch im kommenden Jahr wieder

- **den gesamten Mitgliedsbeitrag des Kreises für die Musikschule in Höhe von 580.000,- Euro und**
- **die Verlustabdeckungen der Kulturgut Haus Nottbeck GmbH in Höhe von 250.000,- Euro und**
- **des Museums Heimathaus Münsterland in Höhe von 168.000,- Euro übernehmen.**

Die gute Dividendenentwicklung der RWE Aktien macht es möglich, im nächsten Jahr auch die laufenden Kosten des Museums Abtei Liesborn von ca. 470.000,- Euro zu tragen. Auch in diesem Jahr konnte der Kreisetat bereits hierfür um 400.000 Euro entlastet werden.

Im nächsten Jahr werden wir zudem dringend notwendige Dachsanierungen am Museum Abtei Liesborn in Höhe von bis zu 400.000,- Euro aus den Dividenden - Erlösen tragen können.

Unsere Gesellschaft für Kulturförderung ist ein Erfolgsmodell - das kulturelle Angebot der Einrichtungen des Kreises auf dem bisherigen, hohen Niveau gesichert. Deswegen bin ich auch sehr froh, dass wir die RWE- Aktien behalten haben!

Personaletat 2008 – 25 neue Mitarbeiter durch die Verwaltungsstrukturreform

Der Personalhaushalt steigt im nächsten Jahr um moderate 2% auf ca. 35 Millionen Euro.

Hauptgründe hierfür sind angekündigte Besoldungserhöhungen zur Jahresmitte für die Beamten um 2.9% und eine angenommene Steigerung von 2 % für tariflich Beschäftigte.

Zudem wird der Stellenplan im kommenden Jahr um 19,5 Stellen von bislang 618,5 Stellen auf 638 Stellen ausgeweitet.

Wir brauchen zunächst 2 zusätzliche Mitarbeiter in der Leitstelle – Hintergrund ist die neue Arbeitszeitregelung, die eine Reduzierung der wöchentlichen Höchststundenzahl von 54 auf 48 Stunden vorschreibt.

Auf die zusätzlichen Stellen für den Integrationsplaner und den Schulpsychologen bin ich an anderer Stelle schon eingegangen.

Daneben werden wir nach jetzigem Kenntnisstand aufgrund der zum 1. Januar anstehenden Verwaltungsstrukturreform 15,5 Beamtenstellen aus der Versorgungsverwaltung und von der Bezirksregierung zugewiesen bekommen. Wir rechnen mit zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 455.000 €. Dieser Betrag ist allerdings noch mit einem erheblichen Risiko behaftet.

In gleicher Höhe erwarten wir aber Erträge aus Zuweisungen des Landes, die wir im Haushalt eingestellt haben.

Zusätzlich zu diesen Beamten erwarten wir noch weitere 9 Mitarbeiter – hierbei handelt es sich aber um tariflich Beschäftigte. Diese bleiben Mitarbeiter des Landes NW und werden auch von dort direkt vergütet.

Insgesamt werden also 25 neue Mitarbeiter ins Kreishaus kommen:

- **11 Mitarbeiter/Stellen werden dem Bauamt bzw. Umweltamt zugeordnet und beschäftigen sich insbesondere mit Genehmigungen von Anlagen nach dem**

Bundesimmissionsschutzgesetz (Windkraftanlagen, Biogasanlagen etc.)

- **10 Mitarbeiter werden das Sozialamt verstärken und für den Schwerbehindertenbereich zuständig sein**
- **3 bis 4 weitere Mitarbeiter werden sich mit der Bearbeitung der Anträge auf Elterngeld beschäftigen.**

Um die 25 zusätzlichen Mitarbeiter im Kreishaus unterzubringen, **wird die ARGE aus dem Kreishaus ausziehen – sie sehen das neue Bürogebäude für Herrn Wapelhost und seine Mitarbeiter – sie werden im bisherigen Forstamt Warendorf eine neue Bleibe finden.** In dieser Woche konnten wir uns mit Vertretern des Bau- und Liegenschaftsbetriebs des Landes über eine Mietvereinbarung einigen – die ARGE-Mitarbeiter werden spätestens zum 1.1.2008 dort ihre Arbeit aufnehmen.

Ihre Arbeit aufnehmen konnten in diesem Jahr auch wieder **21 neue Auszubildende beim Kreis Warendorf** – wir sind und bleiben damit einer der größten Ausbildungsbetriebe im Kreis. Auch im kommenden Jahr werden wir wieder in diesem Umfang Ausbildungsplätze anbieten.

Für die Zukunft gerüstet: Neuausrichtung der gfw / Münsterland Marketing e.V.

Die gute wirtschaftliche Situation hatte ich eingangs bereits dargestellt. Der Erfolg hat sicher auch etwas mit dem wirtschaftsfreundlichen Klima in unserem Kreis zu tun.

Dennoch: die Globalisierung und der Wettbewerb der Regionen macht auch an unseren Kreisgrenzen nicht Halt. Deshalb habe ich mich auch schon vor meiner Wahl zum Landrat für eine innovative, moderne Wirtschaftsförderung ausgesprochen.

Ich freue mich sehr, dass wir diese nunmehr auf den Weg gebracht haben.

Gegenüber der bisherigen Ausrichtung der gfw werden wir einige neue Akzente setzen wie z.B. eine stärkere Standortprofilierung und eine aktive Ansiedlungspolitik. Ich verspreche mir auch wichtige neue Impulse durch die Entwicklung besonderer Kompetenzfelder wie der Maschinenbau, das Ressourcenmanagement und die Ernährungswirtschaft. Auch beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll die gfw aktiv beraten und unterstützen.

Insbesondere auch für diese Neuausrichtung werden zusätzlich 160.000 Euro benötigt; ich freue mich, dass der Wirtschaftsplan in der letzten Gesellschafterversammlung auch von den Bürgermeistern unterstützt wurde.

Nach langen Geburtswehen – Herr Hild sprach im KA von einer Steißlage - wird demnächst ein hoffentlich gesundes, kräftiges Kind namens Münsterland Marketing e.V. das Licht der Welt erblicken.

Auch hiervon verspreche ich mir eine Stärkung des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Münsterland. Endlich wird sich das Münsterland aus "einem Guss" darstellen – als lebens- und lebenswerte Region, in der Tradition und Innovation sowie Freizeit und Arbeit Hand in Hand gehen.

K 4 wird weiter ausgebaut – Radweginitiativen unterstützt

Schwerpunkt unserer Investitionen im kommenden Jahr ist – neben der Sanierung des Berufskollegs - der Neubau des 2. Bauabschnitts der K 4 vom Ortsausgang Ahlen bis in die Bauerschaft Halene. Neben der Straßenverbreiterung wird auch ein Radweg entlang der Straße gebaut.

Insgesamt rechnen wir hierfür mit Gesamtkosten von rund 2,7 Millionen Euro.

Weiterhin unterstützen wollen wir natürlich auch die zahlreichen Bügerradwegprojekte! Sie sehen ein Foto von der Initiative Bügerradweg Hoetmar e.V.!

In diesem Jahr haben wir die Bürgerinitiativen mit rund 100.000 Euro gefördert. Die CDU-Fraktion hat bereits beantragt, den Haushaltsansatz von bislang 60.000 Euro auf 130.000 Euro zu erhöhen.

Weiter für die Bürger arbeiten

Meine Damen und Herren,

Ein gutes Jahr liegt hinter uns: herausragende Ereignisse waren sich die Eröffnung des Werse Rad Wegs oder auch der Tag der Gesundheit, der rund 6000 Besucher ins Kreishaus gelockt hat.

Wir wollen auch 2008 im Kreishaus weiterhin gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger leisten und unser Serviceangebot stetig verbessern. Die Nominierung für den Servicepreis Münsterland oder auch die neue Internetpräsentation zeigen, dass wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen.

Das Kreishaus hat in diesem Jahr sein 25. Jubiläum – seit Mitte 1992 sind wir an der Waldenburger Straße präsent. Pünktlich zum Kreishausjubiläum wollen wir ein neues, modernes Leitsystem installieren damit unsere Besucher sich noch besser orientieren können.

Ich wünsche Ihnen eine gute Orientierung bei der Diskussion über den Haushalt 2008 – Dankeschön an Kämmerer Dr. Funke und seine Mitarbeiter für die Vorarbeit.

Lassen Sie mich den Haushalt noch einmal in 10 Punkten zusammenfassen:

- **Der Kreisumlagehebesatzes wird um 4,1 % Punkte gesenkt**
- **Es werden keine neuen Schulden gemacht – im Gegenteil; 1 Million Euro Schulden werden abgebaut**
- **Es wird erstmals ein Kapitalstock für Pensionsrückstellungen in Höhe von 1,8 Millionen Euro gebildet**
- **Der Anteil der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten wird auch nach Einführung des neuen Kibiz nicht erhöht**
- **Der Schulpsychologischer Dienst erhält den 2. und 3. Schulpsychologen**
- **Ein Integrationsbericht wird erarbeitet - ein Sozialplaner dafür eingestellt**
- **Die Kreisstraße 4 wird ausgebaut – die Initiativen für Bürgerradwege stärker gefördert**
- **Die Sanierung des Berufkollegs Beckum beginnt - insgesamt werden 6 Millionen Euro in den nächsten 3 Jahren dafür bereitgestellt**
- **Neue Aufgaben der Versorgungsverwaltung und der Umweltverwaltung werden vom Kreis übernommen – 25 Mitarbeiter in die Kreisverwaltung integriert**
- **Die Neuausrichtung der gfw wird mit Leben erfüllt**

Kurzum: Die erfolgreiche Haushaltspolitik mit Weitblick und Augemaß wird fortgeführt.